

Gastkolumne von Uwe Koopmann

Auch bei Frau Schmidt wurde geschreddert

Als ich 1977 Berufsverbot bekam, weil ich auf der Grundlage der „Erkenntnisse“ des niedersächsischen „Verfassungsschutzes“ zumindest Sympathisant der DKP gewesen sei, musste ich mir ganz schnell einen Job suchen, um Miete und Brötchen bezahlen zu können. Ich bekam vom Arbeitsamt Oldenburg die Aufforderung, mich bei der Firma Hüppe an der Cloppenburgstraße zu melden. Dort könne ich mit einem Zeitvertrag Lagerarbeiter werden.

Ich bekam sofort eine vertrauensvolle Aufgabe, die vor dem Hintergrund des laufenden Berufsverbotverfahrens durchaus pikant war: Ich musste Akten schreddern – die inzwischen so alt waren, dass sie nicht mehr für das Finanzamt vorgehalten werden mussten. So sagte man mir. Als der Vertrag auslief, waren die Akten weggearbeitet und ich bekam eine Staub-Allergie.

Die Akte, die der Verfassungsschutz über meine Person, penibel zusammengetragen von Drei-Groschen-Jungen, angelegt hatte, begleitete mich bei der ministeriellen Anhörung in Hannover und bei den Prozessen vor dem Verwaltungsgericht in Oldenburg und anschließend beim Oberverwaltungsgericht in Lüneburg. Diese Akte bildete die Grundlage für das rechtskräftige Berufsverbot, das juristisch nie aufgehoben wurde.

Vor dem Hintergrund, dass in letzter Zeit so viele Akten „verschwunden“ sind, erinnerte ich mich „meiner“ Akte. Bevor sie vielleicht auch geschreddert würde, wollte ich sie gerne sehen. Ich fragte beim „Verfassungsschutz“ in Niedersachsen, beim Landesarchiv Niedersachsen, bei der Polizeidirektion Oldenburg (Abteilung Staatsschutz), beim Bundesamt in Köln an, ob ich mal Einblick nehmen dürfe. Alle Dienststellen antworteten mir übereinstimmend, dass es über mich gar keine Akte und keine Datei gebe. Wurden sie etwa auch geschreddert? Wen wollte der „Ver-

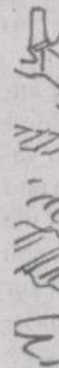


fassungsschutz“ damit intern schützen?

Was ich politisch gemacht und nicht gemacht habe, das weiß ich. Ich hätte aber so gerne gewusst, wie und wo der VS glaubte, mich observieren zu müssen. Schließlich ist ja die Würde des Menschen unantastbar ...

Nun hat es auch Claudia Schmidt erwischt, die Leiterin des Berliner „Verfassungsschutzes“. Nach Sachsen, Thüringen., Sachsen-Anhalt wieder eine Verlust-Meldung. Wen im „Verfassungsschutz“ will der Berliner „Verfassungsschutz“ schützen, indem er Akten vernichtet?

Die Kommunisten und andere Opfer der Berufsverbote sollten aus dem Staatsdienst entfernt werden. Ich habe den Eindruck, jetzt ist es umgekehrt: Die braunen Mitarbeiter des „Verfassungsschutz“ sollen im Staatsdienst gehalten werden. Bevor sie enttarnt werden könnten, werden sie geschreddert. Dann hat es sie nie gegeben. Dumm, nur, dass man jetzt auch noch Frau Schmidt erwischt hat. Es wird sie trösten, dass sie keine Kündigung bekommt. Sie wird wohl nur durch einen neuen Chef ersetzt und selbst an eine andere Stelle „versetzt“. Das solle ihr mit einem „kontrollierten Neuanfang“ ermöglicht werden. Vielleicht klappt es ja jetzt mit der Kontrolle etwas diskreter.



Nachwerk
USC
teilig
in B.
Men
nera
Mill
nen
es zu
In M
uns
Es g
nisch
Die
wort
hung
Spar
der
(EL

UZ:
Deu
die
erin
beite
fene
der
Mai
eine
gen